

RCDS

GRUNDSATZPROGRAMM

42 GRU

Bibliothek
KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG
IBK / IFK / IIS / SFK / PAE / ACD
Inventar-Nr. 60066156

MF 2214 RCD

60066156-7

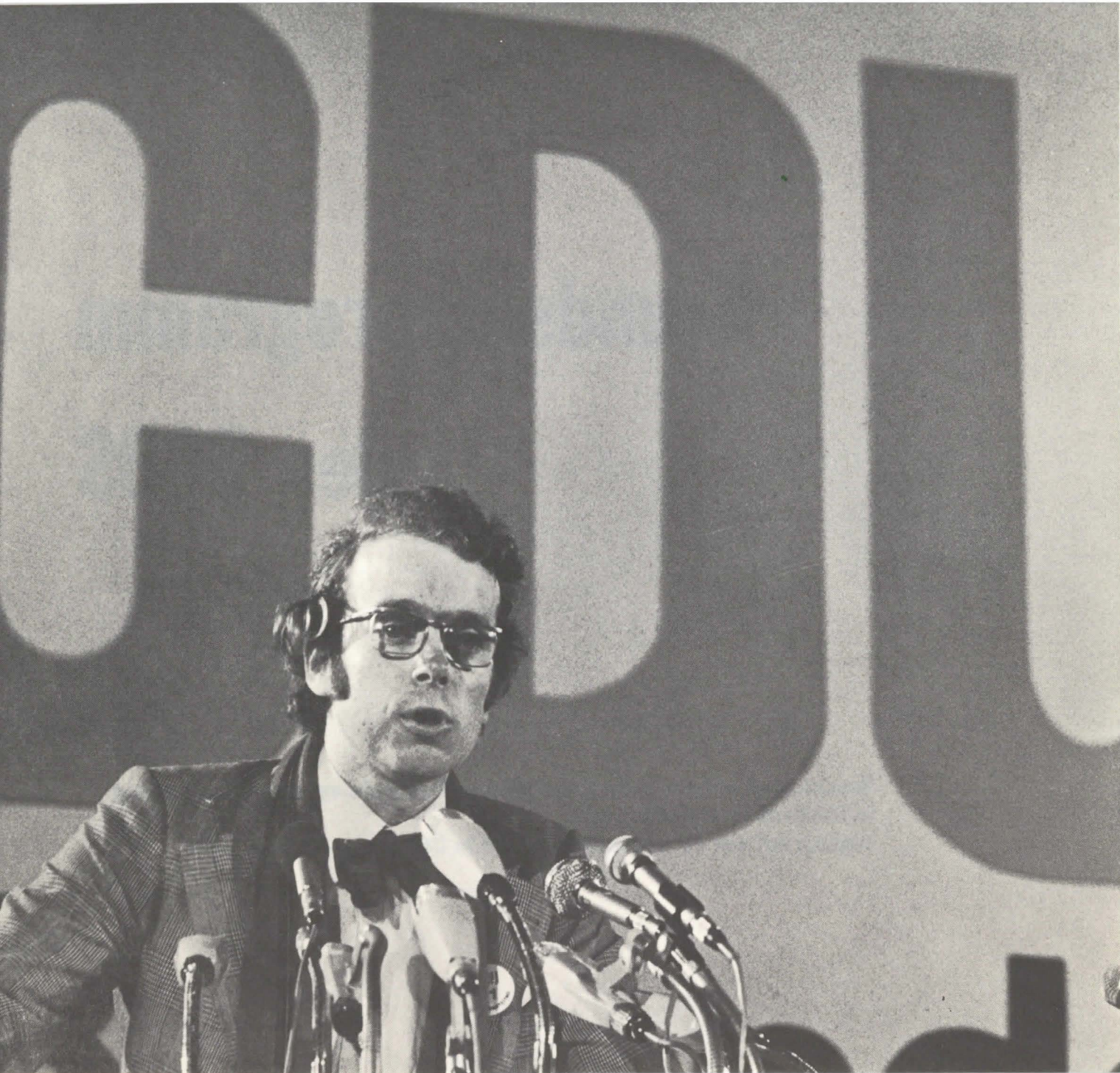
Konrad-Adenauer-Stiftung



000264234

Grundsatzprogramm des RCDS

**Beschlossen auf der außerordentlichen Bundesdelegiertenversammlung
in Marbach im Oktober 1969,
ergänzt auf der 21. ordentlichen BDV in Oldenburg im März 1971**



Mit einem eigenen Grundsatzprogramm erliegt der RCDS nicht dem modischen Bedürfnis nach Ideologien, die politische Gruppen ohnehin nur unter starre Dogmen zwingen.

Nur wer seine geistigen Grundlagen ständig in Frage stellt, kann – trotz notwendiger Wertgebundenheit – eine pragmatische, offensive und vorwärtsgewandte Politik betreiben.

Mit 39 Thesen zur Reform und zu den Zukunftsaufgabe deutscher Politik nimmt der RCDS eine politische Standortbestimmung vor, die ihn als die Alternative zu den Radikalen von links und rechts ausweist.

Gerd Langguth
RCDS-Bundesvorsitzender

**39 Thesen zur Reform
und zu den
Zukunftsaufgaben
deutscher Politik**



I. Grundlagen der Politik

1. Die Politik muß die Spannung zwischen den Bedürfnissen des Individuums und der Gesellschaft lösen. Aufgabe der Politik ist es, eine politische Ordnung zu schaffen, die Freiheit des einzelnen und Fortschritt der Gesellschaft ermöglicht.

2. Der Politiker darf dabei nicht nur auf Tageserfordernisse pragmatisch reagieren, sondern muß sein Handeln nach langfristigen Zielvorstellungen ausrichten. Dabei muß seine politische Zielvorstellung der allgemeinen und kontinuierlichen Tendenz zur Humanisierung des Menschen und der Gesellschaft entsprechen und eine „angemessene“ Sozialordnung anstreben. Diese soll die menschliche Individual- wie Sozialnatur berücksichtigen, um die Chancen jedes einzelnen auf Selbstverwirklichung in der Gesellschaft zu vergrößern.

3. Jede Ideologie dagegen stellt die radikalste Herausforderung und Bedrohung der Politik und der Freiheit dar, weil sie die Vielfalt der existierenden sozialen und politischen Gruppierungen und Ansichten

unter ein starres Dogma zwingen will und die Unvollkommenheit und Verschiedenheit des Menschen dabei übersieht. Da es jedoch keine objektiv richtige, „wahre“ Politik gibt und verschiedene Lösungen möglich sein müssen, ist die Konkurrenz verschiedener politischer Gruppierungen notwendig.

4. Die in diesem Verständnis von Politik angemessene Ordnungsvorstellung ist die Demokratie. Demokratie ist eine Herrschaftsordnung, gekennzeichnet durch pluralistische Herrschaft, konkurrierende Willensbildung und partielle Integration. Sie basiert auf den Ideen von Volkssouveränität, Freiheit und Gleichheit. Die der pluralistischen Demokratie zugrunde liegenden Prinzipien von Konkurrenz, Diskussion und Kompromiß gewähren letztlich die meisten Chancen für den einzelnen und verhindern, daß wesentliche Interessen beteiligter Gruppen übergangen werden. Damit ermöglichen sie, daß gesellschaftliche Konflikte friedlich ausgetragen werden.

5. Voraussetzung dafür ist der Konsensus über die Grundregeln des politischen Prozesses, die sich ausdrücken in der Anerkennung der Mehrheitsentscheidung, des Minderheitenschutzes, des Öffentlichkeitsprinzips, der verfassungsmäßigen Grundregeln. In einer funktionierenden pluralistischen Demokratie bedeutet Gewaltanwendung dagegen Resignation.

6. Demokratie als Herrschaftsordnung kann nur analog auf die gesellschaftlichen Einzelbereiche übertragen werden, deren Ausgestaltung dem Inhalt von Demokratie nicht widersprechen darf.

7. Soll Demokratie verwirklicht werden, müssen soziale Voraussetzungen für die reale Ausübung formaler Rechte gegeben sein. In diesem Sinne bedeutet Demokratie ein stetes Bemühen um die Gleichheit politischer Teilhabechancen.

8. Wesentliche Komponente der Demokratie ist die öffentliche Meinung. Die Öffentlichkeit, besonders die verschiedenen Informationsmedien, nehmen eine wichtige Kontrollfunktion wahr. In einer rechtsstaatlichen Demokratie müssen alle Meinungen die gleiche Chance haben, öffentlich zu werden. Über Qualität und Bedeutung einer Meinung entscheidet nur die öffentliche Diskussion. In diese Diskussion hat der Politiker seine Vorstellungen einzubringen und sich um die Zustimmung zu bemühen.

9. Besonders die komplexe Industriegesellschaft bedarf der Leistungs- und Ordnungsfunktion der Politik. Die Politiker müssen deshalb als aktive Gestalter die rapide Entwicklung von Wissenschaft und Technik für die Gesellschaft nutzbar machen.

10. Politik konkretisiert sich nicht nur in Gruppierungen und Konzeptionen, sondern auch in Persönlichkeiten als ihren Trägern. Deshalb kommt der Auswahl von Politikern eine besondere Bedeutung zu.

II. Reform des parlamentarischen Systems

11. Demokratische Herrschaft kann sich konkret in vielfältigen Staats- und Regierungsformen ausdrücken. Fast alle können zwei Haupttypen zugeordnet werden: dem präsidentiellen und dem parlamentarischen Regierungssystem.

Das parlamentarische Regierungssystem ist durch eine enge Verflechtung zwischen Parlament und Regierung gekennzeichnet. Parlamentarische Regierungsweise liegt nur dann vor, wenn das Parlament wirksame Kontrollrechte und Einflußmöglichkeiten auf die personelle Zusammensetzung der Regierung besitzt.

12. Das Parlament sollte das Forum aller für die Gesellschaft relevanten Gegenwarts- und Zukunftsfragen sein. Zugleich wird damit das Interesse der Öffentlichkeit am Parlament verstärkt und eine bessere und ausführlichere Parlamentsberichterstattung angeregt.

13. Um die Transparenz des politischen Entscheidungsprozesses zu vergrößern, sollte eine Wahlrechtsreform die klare Entscheidung des Wählers zwischen Regierung und Opposition fördern, das bedeutet die Schaffung des relativen Mehrheitswahlrechts.

14. Die Abgeordneten sollten in starkem Maß den Kontakt mit der Bevölkerung suchen, um mit den Problemen der Öffentlichkeit unmittelbar konfrontiert zu werden, diese Erfahrung in die Arbeit des Parlaments einfließen zu lassen und ihre Entscheidungen ständig vor den Wählern zu verantworten.

15. Nötig ist ferner eine neue innere Organisation des Parlaments: es sollten wenige große und ständige, jedoch zahlreiche kleinere ad hoc-Ausschüsse eingerichtet werden. Die Abgeordneten sollten einem bestimmten Ministerium zugestellt und zu den Beratungen der Bürokratie herangezogen werden. Der wissenschaftliche Dienst des Parlaments müßte ausgebaut, gemischte Kommissionen von Parlamentariern, Wissenschaftlern, Experten und der Bürokratie für eine langfristige Politikplanung eingesetzt werden.

16. Ferner ist es notwendig, daß die Diskussion über die Gesetzesentwürfe mit den Parlamentariern schon im Stadium des Referentenentwurfs stattfindet. Die Protokolle über die Verhandlungen mit den verschiedenen Interessengruppen sollte jedem Gesetzesentwurf beigelegt werden. Öffentliche Hearings und weitgehend öffentliche Ausschusssitzungen sollten die Transparenz der parlamentarischen Arbeit erhöhen.

17. Als Gegenpol zur Regierung müssen der Opposition die gleichen Informationsquellen und gleiche Arbeitsbedingungen wie der Regierung und der Bürokratie zur Verfügung stehen.

18. Dadurch muß die parlamentarische Opposition in den Stand gesetzt werden, ihre Funktion der Kritik, Kontrolle und Alternativenbildung wahrzunehmen.

19.

Zur größeren Übersichtlichkeit politischer Entscheidungsgänge und des Verwaltungsbereiches sollte eine am britischen Vorbild orientierte Kabinettsreform durchgeführt werden. Die Regierung sollte sich dabei in konzentrischen Kreisen aufbauen, wobei der innere Kreis höchstens 10 Minister umfaßt. Die äußeren sollten mit dem inneren Kreis durch Kabinettsausschüsse verbunden sein, denen ein Mitglied des inneren Kabinetts vorsitzt.

III. Verstärktes politisches Engagement des Bürgers

20.

Weil nur der informierte Bürger die Politik der Parteien kritisch beurteilen kann, sollte bereits die Schule ein Verständnis für die realen Zusammenhänge der Politik vermitteln. Politische Bildungsarbeit muß das Potential kritischer Bürger so vergrößern, daß die Politiker zu gründlicherem Durchdenken und besserer Begründung ihrer Maßnahmen gezwungen werden.

21.

Die Mitarbeit in Verbänden und Selbstverwaltungs- bzw. Mitbestimmungsgremien im vorparlamentarischen Raum sollte durch die politische Bildung vorbereitet und unterstützt werden, da sie zu einer guten Ausgangsposition für eine Mitwirkung auch im gesamtpolitischen Bereich vor allem in Parteien führt.

22.

Politisches Engagement sollte vor allem auch in vordenkenden Gruppen, politischen Studentenverbänden wie dem RCDS, politischen Clubs, politischen Arbeitskreisen, im Rahmen wissenschaftlicher Politikberatung und vor allem in politischen Parteien wirksam werden.

23.

Daneben dienen außerparlamentarische Reformbewegungen (single purpose movement) dazu, die Öffentlichkeit auf Versäumnisse der Politik aufmerksam zu machen, Anhänger zu gewinnen und Druck auf die politischen Institutionen auszuüben. Sie helfen, Immobilität und Stagnation durch Aktivität von unten zu überwinden.

IV. Reform der Parteien

24. Parteien in der parlamentarischen Demokratie müssen drei Faktoren erfüllen:
- Personalauslese
 - Interessenintegration
 - Ausdrucksfunktion.
-

25. Die Forderung nach größerer Transparenz der politischen Entscheidungen und erweiterter Beteiligungschance des einzelnen richtet sich besonders an die innere Struktur der Partei. Innerparteiliche Demokratie erfordert deshalb folgende Grundsätze:
- Die Mitglieder müssen an den politischen Grundentscheidungen teilhaben
 - Die Auseinandersetzung um politische Ziele und Führungspositionen der Partei müssen offen geführt werden
 - Klare Entscheidungsgänge müssen so geführt werden, daß Spitzengremien der Partei zunächst aus Wahlen unterer Gliederungen der Partei hervorgehen müssen.

26. Eine Urabstimmung der Mitglieder sollte über die grundlegenden Programme, Satzungs- und Organisationsfragen, sowie die Spitzenpolitiker der Partei stattfinden.
-

27. Nichtmitglieder sind durch Programmdiskussionen, Bürgeraktionen und im Rahmen von Nominierungs- und Wahlkampagnen stärker an die Partei heranzuführen.
-

V. Zukunftsaufgaben

28. Jede in einem Staat organisierte Gesellschaft braucht zu ihrer sozialen Integration und politischen Orientierung „reale Utopien“, d. h. kreative, die politische Anteilnahme fördernde Visionen. Nicht reaktives, sondern zukunftsbezogenes Handeln der Politiker und Parteien, sowie eine unablässige Überprüfung der Programme und Planungen sind nötig, damit unsere Politik den Aufgaben der modernen Industriegesellschaft gewachsen ist.

29. Aktuelle Objekte für Problemanalyse, politische Prognose und Planung in unserer dynamischen Gesellschaft müssen sein:

- Die Parlaments-, Verwaltungs- und Justizreform, damit die Entscheidungsgänge für den Bürger überschaubarer werden,
- die Schaffung eines sozialen Vorwarnsystems, damit die langfristigen Folgen der technischen Entwicklung in bezug auf den Menschen geprüft und humanisiert werden können,
- die Verbesserung der Infrastruktur im Rahmen einer weitsichtigen Raumordnung, der Städtesanierung, des Verkehrswesens, der Krankenversorgung usw.,
- Friedensforschung zur Kreation von Modellen der Verständigung zwischen Ost und West, vor allem in der Deutschlandfrage, für Europa als Mitgarant des Weltfriedens, Helfer der Entwicklungsländer und Schrittmacher der technologischen Entwicklung oder der Stellung der NATO im Rahmen einer neuen politischen Zielplanung.

VI. Zukunftsorientierte Außenpolitik

30. Eine auf die Zukunft ausgerichtete Außenpolitik muß sich einer Strategie des globalen Friedens verschreiben. Sie ist gezwungen, in allen außenpolitischen Fragen die gewohnten Dogmen zu überwinden, zugunsten des Versuches, neue Modelle in der internationalen Politik zu verwirklichen.

31. Die Strategie des globalen Friedens muß daher für die Bundesrepublik in ihrer Außenpolitik bedeuten:

- Entwicklung einer Politik der internationalen Solidarität zur friedlichen Schaffung einer gerechten politischen und sozialen Ordnung in der ganzen Welt und damit Überwindung des Nord-Süd-Gegensatzes
- Unterstützung einer Politik der umfassenden Entspannung zwischen Ost und West
- Mitwirkung an der Lösung der europäischen Probleme durch die Schaffung eines gesamteuropäischen Bundesstaates
- Überwindung des Deutschlandproblems durch Weiterentwicklung des demokratischen und gesellschaftlichen Systems in der BRD zu einem Modell für ganz Deutschland und durch das Angebot konkreter Entspannungsmaßnahmen im Verhältnis von BRD und DDR.

32.

Der Beitrag der BRD zu einer Politik internationaler Solidarität muß aus folgenden Maßnahmen bestehen:

– Die Bundesrepublik muß ihre materielle Hilfe für die Entwicklungsländer nicht nur fortsetzen, sondern auch erheblich steigern.

Dies wird man vor der Bevölkerung der BRD aber nur dann rechtfertigen können, wenn man die Effektivität der Entwicklungshilfe vergrößert und durch laufende Aufklärung der Bevölkerung die Notwendigkeit dieser Maßnahmen stärker in das öffentliche Bewußtsein rückt.

– Parallel dazu sollten diejenigen Einrichtungen in der BRD stärker gefördert werden, die im Zusammenwirken mit geeigneten Partnern in den Entwicklungsländern die dortigen Gesellschaftsstrukturen zu modernisieren suchen.

– Außerdem müßten an den Universitäten Institute eingerichtet werden, die sich speziell mit den Problemen der Dritten Welt befassen. Eine gründliche wissenschaftliche Vorarbeit ist Voraussetzung für eine Entwicklungshilfe, die nicht nur Stückwerk sein will, sondern langfristige Lösungen herbeiführen soll.

– Darüber hinaus muß die auswärtige Kulturpolitik der BRD wesentlich verbessert werden. Die positiven Möglichkeiten und Erfolge des wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Systems der BRD müssen in den Entwicklungsländern augenfällig demonstriert werden, ohne dabei in den Fehler zu verfallen, unser System ohne Rücksicht auf die spezifischen Gegebenheiten dieser Länder ihnen aufnötigen zu wollen.

– Langfristig muß die deutsche Außenpolitik eine internationale Koordination der Entwicklungshilfe anstreben. Die Weltorganisation UNESCO könnte zu einem solchen Koordinierungsorgan ausgebaut werden. Die BRD sollte aktiv darauf hinarbeiten, daß die UNESCO in ihren Mitteln und in ihrer Aufgabenstellung diesem Anspruch gerecht werden kann. Außerdem sollte die Bundesregierung initiiierend tätig werden bei der Schaffung einer Entwicklungsorganisation der westlichen Staaten, insbesondere unter Einschluß der bestehenden europäischen wirtschaftlichen Zusammenschlüsse EWG und EFTA.

33.

Es ist eine Illusion zu glauben, eine Politik internationaler Solidarität könne ohne Abbau der machtpolitischen und ideologischen Barrieren zwischen den Staaten des kommunistischen Sowjetblocks und denen der westlichen Allianz geschaffen werden. Um dies zu erreichen, sollten zunächst die wichtigsten gemeinsamen Interessen im Bereich der Technologie, der Entwicklungshilfe und in Sicherheitsfragen durch Schaffung von formellen Verbindungsstellen zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt oder zwischen dem COMECON und der OECD, sowie eines ständigen Konsultationsorgans definiert werden. Als erster Schritt dazu muß die NATO ein politisches Instrument für eine internationale Entspannung werden.

34.

Das Interesse der europäischen Staaten, als Mitgestalter zukünftiger Weltpolitik aufzutreten, nicht zuletzt auch, um ihre eigenen Wege selbst wählen zu können und um sich aus der einseitigen Abhängigkeit von den beiden Supermächten USA und UdSSR zu lösen, muß auf die Schaffung eines integrierten Gesamteuropas ausgerichtet sein.

35.

Der spezifische Beitrag der BRD muß in dem fortgesetzten Versuch bestehen, in Verhandlungen mit Polen und der CSSR die ungelösten Konflikte zu einem für beide Seiten befriedigenden Abschluß zu bringen. Ein Preis zur Überwindung der heutigen Situation müßte zum Beispiel in der Anerkennung der Westgrenzen Polens liegen, wobei aber die Minderheitenrechte der nichtpolnischen Bevölkerung vertraglich gewährleistet sein müßten, in Verhandlungen das Münchner Abkommen von Anfang an für ungültig zu erklären, sowie in der Bereitschaft der BRD zu permanenten Rüstungsbeschränkungen und wirtschaftlichen Gegenleistungen.

36. Zur Lösung des Deutschlandproblems muß die BRD zu erkennen geben, daß sie bereit ist, zugunsten internationaler Lösungen auf eine Wiedervereinigung Deutschlands im klassisch-national-staatlichen Sinne unter der Bedingung zu verzichten, daß die derzeit bestehenden deutschen Staaten in einer dauerhaften gesamteuropäischen Staatenorganisation aufgehen.

37. Als nächstes Ziel in der Deutschlandpolitik ist die Schaffung freiheitlicher Verhältnisse in der DDR anzustreben. Hierzu dient eine Politik des „Beim-Wort-Nehmens“ der konkreten Angebote für gleichberechtigte Gespräche.

38. Hand in Hand mit konkreten Verhandlungsangeboten sollte die Auseinandersetzung zwischen den beiden verschiedenartigen Gesellschaftssystemen in Deutschland durch Schaffung einer überzeugenden Alternative in der BRD geführt werden. Darüber hinaus sollte die BRD die aktive Auseinandersetzung im internationalen Bereich mit der DDR geradezu suchen. Das bedeutet u. a. die völlige Aufgabe der Hallstein-Doktrin.

39. Die Neubestimmung des eigenen außenpolitischen Selbstverständnisses unter der Prämisse der Strategie des globalen Friedens gäbe der BRD die Chance, in entscheidenden Bereichen der internationalen Politik schöpferisch und aus eigener Initiative heraus tätig zu werden, und das nicht nur aus einem wohlverstandenen Eigeninteresse heraus, sondern die BRD könnte gleichzeitig einen effektiven Beitrag zur Lösung internationaler Probleme leisten: Sie könnte der Motor einer europäischen Einigung sein und darüber hinaus Vorreiter einer Politik der internationalen Solidarität werden.

Herausgeber:
Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS)
Bundesgeschäftsstelle,
Pressereferat,
53 Bonn, Kronprinzenstraße 29

Layout:
Thomas Gundelach

Herstellung: HVZ-Druck, Bad Honnef

„In allen Gesellschaftsordnungen, von denen wir wissen, gab es Ungerechtigkeit und Unterdrückung, Armut und Hilflosigkeit. Und auch unsere westlichen demokratischen Gesellschaftsordnungen sind keine Ausnahme. Aber bei uns werden diese Übel bekämpft. Und ich glaube, daß es bei uns weniger Ungerechtigkeit und Unterdrückung, weniger Armut und Hilflosigkeit gibt als in irgendeiner anderen Gesellschaftsordnung, von der wir Kenntnis haben. Unsere westlichen demokratischen Gesellschaftsordnungen sind also sehr unvollkommen und verbesserungsbedürftig. Aber sie sind die besten, die es bisher gegeben hat. Weitere Verbesserungen sind dringend. Aber von allen politischen Ideen ist der Wunsch, die Menschen vollkommen und glücklich zu machen, vielleicht am gefährlichsten. Der Versuch, den Himmel auf Erden zu verwirklichen, produzierte stets die Hölle . . .“

Karl Popper